DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

1/2
Januar/Februar 2017 / 51. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

DPolG im Einsatz vor Ort

Seite 12

Bürgerdialog der Europa-Union Deutschland

DPolG für mehr Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden

Seite 18

Fachteil:

- Dashcams – Datenschutz und Vollzug
- Wann schläft ein Richter?
- Atemalkohol im Ordnungswidrigkeitenrecht

Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Deutsche Polizeigewerkschaft fordert nach Terroranschlag bessere Schutzausrüstung, Bewaffnung und gepanzerte Fahrzeuge für die Polizei

Angesichts der Terrorgefahr nach den Anschlägen im Juli 2016 in Bayern und Dezember 2016 in Berlin fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft bessere und zweckmäßige Schutzausrüstung für Polizeibeamte, sichere und leichtere Schutzwesten, ballistische Schutzhelme und modernere, durchschlagsfähige Bewaffnung sowie sondergeschützte Fahrzeuge.

Wir fordern sofortiges Handeln des Innenministeriums, denn was nützt es, wenn dort ständig vom bereits im Juli 2016 beschlossenen Antiterrorpaket geredet wird, aber bei den Polizistinnen und Polizisten vor Ort immer noch kein besserer Schutz angekommen ist. Wer den Kopf hinhält, muss auch am Kopf und Körper geschützt sein, an finanziellen Mitteln für den Schutz der Kolleginnen und Kollegen darf nicht schon wieder gespart werden.

Die Beamten aus den Revieren sind diejenigen, die bei einem möglichen Anschlag zuerst am Tatort eintreffen. In hochdynamischen Lagen sieht sich der Polizeibeamte dann womöglich schwerbewaffneten Tätern mit Kriegswaffen und Sprengmitteln gegenüber. Diese Täter nehmen in der Regel ihren eigenen Tod billigend in Kauf.

Für die Erstkräfte der Polizei bedeutet es, mit wenig Lageinformationen und einem hohen Eigenrisiko schnellstmöglich Täter zu binden, zu stoppen und solange zu agieren, bis Spezialkräfte zur Verfügung stehen. Abhängig vom Tatort und der Tatzeit kann dies mehrere Minuten bis Stunden bedeuten. Aus diesem Grunde fordern wir schnellstmöglich, dass in jedem Streifenwagen schusssichere Helme und vor allem leichte Schutzwesten, die auch einem Kalaschnikow-(AK 47)-Beschuss standhalten, vorgehalten werden.

Des Weiteren sieht sich der Polizeibeamte Tätern mit Kriegswaffen mit hoher Reichweite, Durchschlagskraft und hoher Magazinkapazität gegenüber. Die Standardwaffe als Langwaffe der Polizei hingegen ist die Maschinenpistole MP5.

Mit dieser Waffe können wir Terroristen mit Schutzwesten nicht wirklich aufhalten. Auch die Einführung der sogenannten Spezialmunition für die MP5 löst nicht ansatzweise die Probleme, sondern schafft hier vorsätzlich eine Gefahrenerhöhung für Einsatzkräfte und Unbeteiligte bei gleichzeitiger nicht nachgewiesener Wirksamkeit. Durch diese Maßnahme hat es das Ministerium geschafft, die Kollegen für die alltäglichen Einsätze zu entwaffnen, da hier nur noch diese „Spezialmunition“ vorgehalten wird.

Hier muss mit Augenmaß „Waffengleichheit“ hergestellt werden. Eine Möglichkeit der Beschaffung einer Langwaffe wäre aus Sicht der DPolG LSA die MP7.

Darüber hinaus fordern wir an den Standorten der Polizeidirektionen in Magdeburg, Halle und Dessau das Vorhalten von sondergeschützten Fahrzeugen, welche bereits in der Anfangsphase möglicher Anschläge, bis zum Eintreffen von Spezialeinheiten, zum Einsatz kommen.

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)
polizeispiegel@dpolg-lsa.de
Tel./Fax: 039206.53948
Mobil: 0177.5011249

Landesgeschäftsstelle:
Deutsche Polizeigewerkschaft
im dbb – Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleinufer 12
39104 Magdeburg
Tel. 0391.5067492
Fax 0391.5067493

www.dpolg-lsa.de
info@dpolg-lsa.de

ISSN 0945-0521

Sachsen-Anhalt – Ursprungsland der Reformation … und der leeren Wahlversprechen!

Zehn Monate nach dem Wahlversprechen der CDU und einem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD im Februar 2016, wieder Sonderzahlungen einzuführen, stellten GdP, BDK und DPolG fest: Alles gelogen und nur Wahlkampfgetöse!

Eigentlich ist die Vorweihnachtszeit eine Zeit, in der man sich freuen sollte, aber was die Politik für uns übrig hat, erzeugte wahrlich keine Freude bei den Landesbeamten.

Im Jahr 2004 schafft die damalige Landesregierung die bis dato gezahlte Sonderzahlung, das sogenannte „Weihnachtsgeld“ ab, mit dem Hinweis auf eine erneute Einführung, wenn die Steuer-

einnahmen gestiegen sind. Vor der Landtagswahl wurden im Februar 2016 noch vollmundige Versprechungen abgegeben, diese Sonderzahlung nach der Wahl wieder einzuführen. Kurz danach musste man feststellen, von den Wahlversprechen waren nur heiße Luft und leere Pakete übrig geblieben.

Aus diesem Grund forderten die Gewerkschaften in der Polizei die Landesregierung gemeinsam auf, endlich ein Gesetz für die Einführung einer Sonderzahlung vorzulegen, das sich in der Höhe an der Sonderzahlung aus dem Jahr 2003 orientiert.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, haben sich am 6. Dezember 2016 zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus der Landespolizei in Magdeburg vor der Staatskanzlei zu einer Protestkundgebung am Nikolaustag eingefunden. Vor der dort stattfindenden Kabinettsitzung überreichten die Gewerkschaften den Kabinettsmitgliedern Pakete, um sie an ihre Wahlversprechen, zum Beispiel die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes 2016, schon wieder in diesem Jahr zu erinnern, aber mehr als „heiße Luft“ war nicht drin.

Finanzminister André Schröder bekam das größte Paket, da er für die Besoldung verantwortlich ist. Der DPolG-Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck erinnerte an die Wahlversprechen und forderte für 2017 ein Weihnachtsgeld in vierstelliger Höhe.

Innenminister Holger Stahlknecht nahm sein Paket mit der Bemerkung entgegen, er fülle sein Paket mit 6 400 Polizeibeamten und 11 Millionen Euro für das Antiterror-Paket. Über das Weihnachtsgeld 2017 könne man dann auch noch reden. Bisher ist davon an der Basis nix angekommen!

Die Teilnehmer der Protestveranstaltung quittierten die Bemerkungen der Ministerinnen und Minister mit einem lauten Pfeifkonzert und Empörungsrufen.

Der Landesvorstand

DPolG SA (5)

Wolfgang Ladebeck überreichte das erste Paket an die Ministerin für Justiz und Gleichstellung, Anne-Marie Keding.

Die Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration, Petra Grimm-Benne, wurde auch bedacht.

Das Größte Paket mit heißer Luft erhielt Finanzminister André Schröder (rechts).

Innenminister Holger Stahlknecht (links) ging auch nicht leer aus.

6% inkl. sozialer Komponente
EINKOMMENSRUNDE 2017

Einkommensrunde 2017 für Landesbedienstete hat begonnen

Die Gewerkschaften dbb und ver.di haben ihre gemeinsame Forderung für die Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 14. Dezember 2016 in Berlin beschlossen. Zu dieser Forderungsfindung für die am 18. Januar 2017 beginnende Einkommensrunde mit der TdL sind der dbb Bundesvorstand, die dbb Grundsatzkommission und die dbb Bundestarifkommission, der auch unser DPolG- und dbb Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck angehört, am 14. Dezember 2016 in Berlin zusammengekommen.

In dieser gemeinsamen Sitzung wurden auf Grundlage einer eingehenden Analyse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und den zahlreichen Rückmeldungen aus den Reihen der Landesbeschäftigten, die der dbb in den vergangenen Monaten bei zahlreichen Branchentagen gesammelt hat, 6 Prozent Einkommensplus als Forderung an die Arbeitgeber entwickelt. Die Landesbeschäftigten hinken den Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen schon jetzt 4 Prozent hinterher und diese wachsende Einkommensschere, auch zur Privatwirtschaft, müssen wir mit spürbaren Gehaltszuwächsen schließen.

Am 18. Januar 2017 startete die 1. Verhandlungsrunde über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Berlin, von denen mehr als eine Millionen Tarifbeschäftigte direkt betroffen sind sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die 2. Verhandlungsrunde beginnt am 30. Januar 2017 in Potsdam und nach der 3. und abschließenden Verhandlungsrunde, die am 16. und 17. Februar 2017 in Potsdam endet, soll das Tarifergebnis feststehen. Dieser Zeitraum ist das bisher kürzeste Zeitfenster, um die Mitglieder für die Einkommensrunde 2017 zu mobilisieren und um logistische Vorbereitungen für einen möglichen Arbeitskampf treffen zu können. Darüber hinaus besteht mit der TdL keine Schlichtungsvereinbarung. Das heißt, die Aufrufe zu dbb Aktionen und gemeinsame Aktionen mit den DGB-Gewerkschaften werden kurzfristig erfolgen und wir fordern Euch schon jetzt auf, alle Mitglieder im Tarif- und Beamtenbereich zu mobilisieren, um mit Geschlossenheit unsere gemeinsamen Forderungen durchzusetzen.

Gregor Henschke,
Landestarifbeauftragter

Der dbb fordert

- **Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 6 Prozent, darin enthalten:**
  - ein Mindestbetrag als soziale Komponente
  - Einführung einer Stufe 6 ab EG 9
- **Stufengleiche Höhergruppierung**
- **Auszubildende:**
  - Erhöhung der Ausbildungsentgelte (TVA-L BBiG und Pflege) um 90 Euro
  - Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage
  - Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber
  - Übernahme aller Auszubildenden
- **Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich**
- **Weiterentwicklung der Entgeltordnung für Lehrkräfte**
- **Weiterentwicklung der allgemeinen Entgeltordnung im Bereich der TdL**
- **Ausschluss sachgrundloser Befristungen**

DPolG SA (2)

Die DPolG-Vertreter in der der dbb Bundestarifkommission: Michael Adomat, Manfred Riehl, Gerhard Vieth, Wolfgang Ladebeck, Michael Hinrichsen (von rechts)

Bereits am Vortag, dem 13. Dezember 2016, traffen sich die Mitglieder des Vorstandes der DPolG-Bundestarifvertretung im dbb forum in Berlin und stellten aus Sicht der DPolG eine tarifliche Forderungsliste auf und legte die Arbeitsschwerpunkte und Ziele der DPolG-Bundestarifvertretung für 2017 fest.

Gregor Henschke, Freddi Lohse, Stefan Perlbach (von rechts)

© DPolG SA (3)

Heißgetränke und kleine Snacks waren mit an Bord

Personalräte unserer Gewerkschaft unterstützten Personalrat der Polizei Hamburg

Einsatzbegleitung zum OSZE

57 Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) trafen sich am 8. und 9. Dezember 2016 auf Einladung des Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier in Hamburg. Insgesamt nahmen circa 3 000 Teilnehmer an diesem politischen Großereignis teil, das vorwiegend im Veranstaltungszentrum der Hamburger Messe und dem Rathaus stattfand. Bereits vom 5. bis 7. Dezember fanden darüber hinaus in diesem Bereich diverse Begleitsitzungen vor dem eigentlichen OSZE-Gipfel statt. Über dem gesamten Einsatzzeitraum von zehn Tagen mussten dieser hochrangige Teilnehmerkreis, Hotels, Tagungsorte und auch die zu erwartenden Gegenveranstaltungen durch Einsatzkräfte geschützt werden.
Die Planung, Vorbereitung und die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes für diesen bisher größten Einsatz der Hamburger Polizei begann bereits im April 2016 und erforderte mit über 13 000 Einsatzkräften einen hohen personellen und logistischen Kräfteaufwand. Zur Unterstützung der Hamburger Polizei kamen auch zahlreiche Einsatzkräfte aller Landespolizeien, Bundespolizei und andere Helfer zum Einsatz. Allein 3 500 Einsatzkräfte und mitgeführte Ausrüstung mussten in Hotels untergebracht, versorgt und betreut werden, was im Rückblick mit einer sehr guten Rundumverpflegung und Betreuung durch die Hamburger Kollegen gelungen ist. Aus unserer Landesspolizei waren unter anderem Einsatzkräfte aus der Landebereitschaftspolizei, den Polizeidirektionen Ost, Süd und Nord in Hamburg eingesetzt und untergebracht. Neben der Einsatzbetreuung durch Gewerkschaften sah das Betreuungskonzept auch vor, dass der Personalrat der Polizei Hamburg gemeinsam mit Personalräten der Landespolizeien persönlich vor Ort ansprechbar waren. So hat der Personalratsvorsitzende der Hamburger Polizei, Freddi Lohse, den Vorsitzenden des Stufenpersonalrates der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord, Wolfgang Ladebeck, um Entsendung von freigestellten Personalratsmitgliedern zur Unterstützung gebeten. Auf Personalratsbeschluss wurden die Personalratsmitglieder Stefan Perlbach und Gregor Henschke nach Hamburg entsandt. Sie unterstützten für drei Tage die Personalräte in Hamburg bei der Einsatzbetreuung. So kamen sie mit vielen Kolleginnen und Kollegen, besonders aber den eigenen Einsatzkräften ins Gespräch, informierten sich, hörten sich gegebenenfalls Sorgen oder Probleme an und versuchten auf dem kurzem Dienstweg zu helfen.

Abschließend kann man sagen, dass dieser Großeinsatz eine gelungene Generalprobe für den im Juli dieses Jahres in Hamburg stattfindenden G20-Gipfel war. Wir als Personalräte möchten uns an dieser Stelle bei allen mitwirkenden Kolleginnen und Kollegen und besonders beim Personalratsvorsitzenden der Hamburger Polizei, Freddi Lohse, und seinem Team für die professionelle Unterstützung und Einweisung während des Einsatzes bedanken. Wir kommen zum G20 gern wieder.

Gregor Henschke

Nachruf

Die DPolG trauert um ihren Kollegen und ihr langjähriges Mitglied

Kriminalhauptmeister Martin Schwerin

der nach langer und schwerer Krankheit am 22. November 2016 im Alter von 46 Jahren verstarb.

© DPolG

Cornelia Schiergott
Vorsitzende
Deutsche Polizeigewerkschaft
Kreisverband Magdeburg

Wolfgang Ladebeck
Landesvorsitzender
Deutsche Polizeigewerkschaft
Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Gratulation

Wir gratulieren allen im Januar und Februar geborenen Mitgliedern zu ihrem Geburtstag und wünschen Gesundheit, viel Glück und alles erdenklich Gute.

Der Landesvorstand

© DPolG